

Weber / Förschler: Der Zivilprozess, 4. Auflage 2018

Antworten zu Kontrollfragen Kapitel 17 „Das Zwangsvollstreckungsverfahren“

1. Bei der Zwangsvollstreckung nimmt ein *einzelner* Gläubiger Zugriff auf das Vermögen oder *einzelne Vermögensgegenstände* des Schuldners, währenddessen im Insolvenzverfahren das *Gesamtvermögen* des Gemeinschuldners zur Befriedigung *aller* seiner Gläubiger liquidiert wird.
2. Man nennt sie Gläubiger und Schuldner.
3. *Gerichtsvollzieher*: generelle Zuständigkeit für Zwangsvollstreckung in bewegliches Vermögen; *Vollstreckungsgericht*: Amtsgericht am Sitz des Schuldners, Zwangsvollstreckung in andere Gegenstände als in bewegliche Gegenstände, z.B. Forderungen oder Grundstücke durch Zwangsversteigerung oder -verwaltung; *Prozessgericht erster Instanz*: Vollstreckung von vertretbaren oder nicht vertretbaren Handlungen, Erzwingung von Unterlassungen oder Duldungen aus vollstreckbaren Titeln dieses Gerichts; *Grundbuchamt*: Zwangsvollstreckung in Grundstücke durch Zwangshypothek.
4. Antrag, Titel, Klausel, Zustellung.
5. *Endurteil* durch Zivilprozess, *Prozessvergleich* im Rahmen einer Einigung im Zivilprozess, *Vollstreckungsbescheid* am Ende eines gerichtlichen Mahnverfahrens, *notarielle Urkunde* über einen Anspruch mit Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung (vgl. § 794 ZPO).
6. Der Titel i.F. des Urteils muss entweder rechtskräftig oder für vorläufig vollstreckbar erklärt worden sein. Vollstreckungsbescheide sind immer vorläufig vollstreckbar, Prozessvergleiche sind sofort vollstreckbar, sie erwachsen nicht in Rechtskraft; gleiches gilt für die notarielle Urkunde mit vollstreckbarem Inhalt.
7. Das Original des Vollstreckungstitels befindet sich in der Gerichtsakte, Vollstreckung betreibt man mit der „vollstreckbaren Ausfertigung“.
8. „Vorstehende Ausfertigung wird dem Gläubiger Max Müller zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt“.
9. Nach Vorlage des Erbscheins wird die Vollstreckungsklausel auf den Erben umgeschrieben und er kann vollstrecken.
10. Die Zustellung soll dem Schuldner die Möglichkeit geben, die Forderung noch vor dem zwangsweisen Eingriff in sein Vermögen durch *Erfüllung* abzuwenden. Dazu muss er aber Kenntnis vom Vollstreckungstitel und der bevorstehenden Vollstreckung durch die Zustellung erhalten.
11. Vollstreckung wegen eines Zahlungsanspruches in bewegliche Sachen, in Forderungen oder in Grundstücke.

12. Er begibt sich zum Schuldner und fordert zur Zahlung auf. Wird bezahlt, erhält der Schuldner eine Quittung und den Vollstreckungstitel ausgehändigt.
13. In diesem Fall kann der Gerichtsvollzieher bei der Meldebehörde die neue Anschrift erfragen (§ 755 Abs. 1 ZPO). Ist das nicht erfolgreich, kann er auch beim Ausländerzentralregister, der gesetzlichen Rentenversicherung oder beim Kraftfahrtbundesamt nachfragen (§ 756 ZPO).
14. Ja, das ist möglich. Kann der Schuldner nur in Raten zahlen, kann der Gerichtsvollzieher ihm eine Zahlungsfrist einräumen, wenn zu erwarten ist, dass die Schuld binnen 1 Jahres getilgt ist. Der Gläubiger kann dem Zahlungsplan und dem Zahlungsaufschub sofort widersprechen, dann ist die Ratenzahlungsvereinbarung hinfällig.
15. Auch schon vor Vollstreckung kann der Gerichtsvollzieher eine Vermögensauskunft einholen, indem der Schuldner ein Vermögensverzeichnis erstellt und dessen Angaben an Eides Statt versichert (§§ 802 c ff. ZPO).
16. Das ist ein amtlicher Fragenkatalog, über den der Schuldner in mündlicher Form Auskunft über die ihm gehörenden Vermögensgegenstände gibt (§ 802 c Abs. 2 ZPO).
17. Zentrale Vollstreckungsgerichte gibt es in jedem Bundesland eines. In Baden-Württemberg ist dieses das Amtsgericht in Karlsruhe. Dort wird u.a. das elektronische Vermögensverzeichnis geführt.
18. Beim zentralen Vollstreckungsgericht. Es enthält Schuldner, die ihrer Pflicht zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht nachgekommen sind, bei denen eine Vollstreckung aufgrund des Vermögensverzeichnisses nicht aussichtsreich wäre oder die nicht innerhalb eines Monats nach Abgabe der Vermögensauskunft vollständige Zahlungsbereitschaft signalisiert haben (§ 882 c Abs. 1 ZPO). Zur Einsichtnahme ist befugt, wer ein berechtigtes Interesse nachweist (vgl. § 882 f ZPO). Die Löschung von Eintragungen erfolgt nach drei Jahren, sofern nicht wegen Zahlung vorher eine Löschung erfolgt ist.
19. Er kann wegen Forderungen von Rentenversicherungsträgern bei den Arbeitgebern des Schuldners, bei Banken Kontoverbindungen und Depots und beim Kraftfahrtbundesamt Daten zu Fahrzeugen des Schuldners erheben (§ 802 ZPO).
20. Ja, das darf er, benötigt dazu aber einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss (§§ 758, 758 a ZPO).
21. Die Pfändung erfolgt durch Inbesitznahme der zu pfändenden Sache oder durch Anbringung eines Pfandsiegels. Diese Maßnahme hat durch die sog. *Verstrickung* die Wirkung einer Beschlagnahme.
22. Ja, den darf er pfänden, weil er nur auf den „Gewahrsam“ des Schuldners achten muss. Der wahre Eigentümer muss sich dann gegen die Pfändung seines Gegenstandes mittels der Drittwiderspruchsklage zur Wehr setzen.

23. Unpfändbar sind die in § 811 ZPO genannten Gegenstände, vor allem solche des täglichen Lebens, und solche, die für die Berufsausübung, also für die Einnahmenerzielung, von Bedeutung sind.
24. Einen eigentlich unpfändbaren, aber in der Ausstattung zu luxuriösen Gegenstand, kann der Gerichtsvollzieher im Wege der Austauschpfändung dennoch mitnehmen, wenn er dem Schuldner dafür einen dem gleichen Verwendungszweck dienenden Ersatzgegenstand zur Verfügung stellt (§ 811a ZPO).
25. Nein, er darf sie nicht behalten. Er muss die gepfändeten Gegenstände zu Geld machen, denn nur darauf richtet sich sein Anspruch.
26. Das bewirkt er im Wege der *öffentlichen Versteigerung* (§§ 814, 817 ZPO). Die Versteigerung erfolgt durch Zuschlag an den Meistbietenden, vorausgesetzt, es wird das Mindestgebot in Höhe der Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswertes erreicht. Die Versteigerung darf frühestens eine Woche nach dem Tag der Pfändung erfolgen.
27. Sie erfolgt durch das Amtsgericht als Vollstreckungsgericht (§ 828 Abs. 1, 2 ZPO).
28. Man nennt ihn *Drittschuldner*. Er hat Auskünfte über die Forderung in einer Drittschuldnererklärung auf Verlangen binnen zwei Wochen zu erklären. Weitere Pflichten ergeben sich aus dem Inhibitorium.
29. Das *Inhibitorium* ist das im Pfändungsbeschluss enthaltene Verbot des Drittschuldners, an den Gläubiger zu zahlen. Das *Arrestatorium* verbietet dem Schuldner, über die Forderung anderweitig zu verfügen, sie ist „fixiert“.
30. Bestimmte Gehaltsforderungen sind nach § 850 a ZPO unpfändbar. Andere Bezüge sind nur bedingt pfändbar, wenn der Gläubiger durch sonstige Vollstreckung nicht restlos befriedigt werden konnte und die Pfändung des Arbeitseinkommens der Billigkeit entspricht (§ 850 b ZPO). Schließlich ist Arbeitseinkommen erst ab einem bestimmten Sockelbetrag des bereinigten Nettoeinkommens pfändbar, (vgl. Tabelle nach § 850 c ZPO).
31. Die Verwertung erfolgt im „Überweisungsbeschluss“ durch Überweisung der Forderung zur Einziehung (§ 835 Abs. 1 ZPO). Der Gläubiger kann sie dann gegenüber dem Drittschuldner geltend machen.
32. Es gibt drei Möglichkeiten: Eintragung einer *Sicherungshypothek*, *Zwangsversteigerung*, *Zwangsverwaltung*.
33. Sie wird auf einem Grundstück des Schuldners im Grundbuch eingetragen und sichert den Gläubiger für seine Forderung zunächst einmal. Notfalls kann der Gläubiger über die Hypothek das Grundstück zur Zwangsversteigerung oder –verwaltung bringen.
34. Zuständig ist das Vollstreckungsgericht, dort der Rechtspfleger (§§ 1 Abs. 1 ZVG, 3 Nr. 1 i RPflG).

35. Dieser sog. *Übererlös* fließt wieder an den Schuldner zurück.
36. Im ZVG.
37. Die Befriedigung erfolgt aus den *laufenden Erträgen* des Grundstücks, also z.B. aus Mieteinnahmen.
38. Zuständig ist der Gerichtsvollzieher. Bewegliche Sachen nimmt der Gerichtsvollzieher dem Schuldner weg und übergibt sie dem Gläubiger (§ 883 Abs. 1 ZPO).
39. Die Räumung von Grundstücken, also deren Herausgabe, erfolgt nach § 885 ZPO. Der Gerichtsvollzieher setzt den Schuldner aus dem Besitz und weist den Gläubiger in den Besitz ein. Im Vorfeld ist zu überlegen, dass die Zwangsäumung einen erheblichen Kostenvorschuss für die Räumungsmaßnahmen, Verpackung und Lagerung von Gegenständen aus einer Immobilie erfordert und solche weiteren Kosten vom Gläubiger zunächst aufgebracht werden müssen, aber vom Schuldner am Ende oft nicht beizutreiben sind.
40. Vertretbare Handlungen sind solche, die jemand anderes als der Schuldner vornehmen kann, z.B. ein Dach decken; unvertretbare Handlungen hingegen kann nur der konkrete Schuldner erledigen, z.B. dem Arbeitnehmer ein Arbeitszeugnis ausstellen.
41. Das Prozessgericht erster Instanz gestattet dem Gläubiger durch Beschluss, die Handlung auf Kosten des Schuldners durch einen Dritten vornehmen zu lassen (§ 887 ZPO).
42. Die Vollstreckung wird durch Anordnung einer Zwangsmaßnahmen durch das Prozessgericht bewirkt, also durch Festsetzung eines Zwangsgeldes oder Anordnung einer Zwangshaft (§ 888 ZPO).
43. Nein, die abzugebende Willenserklärung gilt mit Rechtskraft des zur Abgabe der Willenserklärung verurteilenden Urteils als abgegeben (§ 894 ZPO).
44. Die *Vollstreckungserinnerung*, § 766 ZPO.
45. Es kann *sofortige Beschwerde* eingelegt werden gegen Beschlüsse, deren Aufhebung oder Änderung begehrt wird, sofern vom Richter oder Rechtspfleger erlassen (§§ 793 ZPO, 11 Abs. 1 RPflG). Bei einer Entscheidung, die nur dem Rechtspfleger oblag und gegen die keine sofortige Beschwerde vorgesehen ist, ist die *Durchgriffserinnerung* an den Richter gegeben, wenn der Rechtspfleger nicht abhilft (§ 11 Abs. 2 RPflG).
46. Er kann *Vollstreckungsgegenklage* nach § 767 ZPO beim Prozessgericht erster Instanz erheben.
47. Dieser kann *Drittwiderspruchsklage* nach § 771 ZPO erheben.

48. Die herrschende Theorie ist die der Doppelpfändung, wonach sowohl das Anwartschaftsrecht nach §§ 857 Abs.1, 829 ZPO als auch die Sache nach § 808 ZPO zu pfänden sind. Der Gläubiger lässt daher zunächst das *Anwartschaftsrecht* durch das Vollstreckungsgericht pfänden, bevor er die *Sache* durch den Gerichtsvollzieher pfänden lässt.
49. Die Anerkennung von Urteilen eines anderen EU-Staates richtet sich nach der EuGVVO, die grundsätzlich anzuerkennen sind.
50. Ein Anerkennungshindernis wäre ein Verstoß gegen den „ordre public“, also die öffentliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, etwa Verletzung des rechtlichen Gehörs, oder ein unverhältnismäßig hoher Schadensersatz nach amerikanischem Vorbild.
51. Das richtet sich – außerhalb des Geltungsbereiches der EuGVVO – nach dem deutschen § 328 ZPO und der Spiegelbildtheorie.
52. Maßgeblich sind §§ 39 ff. EuGVVO, wonach ein Urteil im vollstreckenden Staat für vollstreckbar erklärt worden sein muss. Näheres regelt das AVAG.